



Gesundheitswirtschaft im Krisenmodus

DIHK-Gesundheitsreport | Herbst 2022

#GemeinsamWirtschaftStärken

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Wesentliche Ergebnisse auf einen Blick

Die Ergebnisse der DIHK-Herbstkonjunkturumfrage zeigen deutlich, dass sich insbesondere die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise gravierend auf alle Branchen der Gesundheitswirtschaft auswirken: Die Geschäftslage hat sich flächendeckend gegenüber der Vorumfrage im Frühsommer verschlechtert – besonders deutlich in der Medizintechnik und bei den Gesundheits- und sozialen Diensten. Zudem blicken alle Branchen so pessimistisch wie noch nie in die kommenden zwölf Monate. Damit sind die Erwartungen noch düsterer als zur Corona- und der Finanzkrise 2008/09. Diese negativen Geschäftserwartungen lasten auf den Investitionsplänen und schlagen sich auch in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen nieder – über alle Branchen hinweg.

Das Risiko steigender Energie- und Rohstoffpreise – schon im Frühsommer auf einem Allzeithoch – klettert erneut auf einen Höchstwert. Über die gesamte Gesundheitswirtschaft hinweg ist das Risiko weiterhin deutlich stärker ausgeprägt als der Fachkräftemangel. Besonders die energie- und rohstoffintensiven Unternehmen aus den Branchen der Medizintechnik und der pharmazeutischen Industrie sind von den Preisexplosionen belastet. Zudem kämpfen die Unternehmen weiterhin mit unterbrochenen Lieferketten und Ressourcenknappheit, welche die Preise weiter in die Höhe treiben. Fast jeder fünfte industrielle Betrieb reagiert mit der Reduzierung seiner Produktion oder seiner Angebote. Auch die dienstleistungsorientierten Gesundheits- und sozialen Dienste sind von höheren Preisen für Strom – zum Beispiel für energieintensive Leistungen im Bereich der Radiologie –, Kraftstoff und Verbrauchsgüter betroffen. Die Risikoschätzung ist bei diesen Betrieben nochmals deutlich stärker ausgeprägt als in der Vorumfrage im Frühsommer. Auch im Handel mit Gesundheitsgütern machen die hohen Energie- und Rohstoffpreise mehr Betrieben zu schaffen als in der Vorumfrage.

Noch nicht überwundene Störungen in globalen Lieferketten sowie hohe Energiepreise, die Unternehmen der industriellen Gesundheitswirtschaft teilweise zur Drosselung ihrer Produktion zwingen, sorgen zudem für einen weiteren Rückgang der ohnehin schon sehr verhaltenen Exporterwartungen. Insgesamt sind die Erwartungen in der industriellen Gesundheitswirtschaft jedoch noch deutlich besser als in der Industrie insgesamt. Ein wesentlicher Grund ist, dass die Gesundheitswirtschaft weniger konjunkturellen Einflussfaktoren als beispielsweise die Automobilindustrie unterliegt. So ist die Medizintechnik weniger mit einer nachlassenden Auslandsnachfrage konfrontiert. Die Auftragsbücher sind noch gut gefüllt. Gleiches gilt für die pharmazeutische Industrie.

Fachkräftemangel und steigende Entgelte durch Inflationsausgleich lassen das Risiko der Arbeitskosten virulenter werden. So hat das Risiko Arbeitskosten branchenübergreifend einen neuen Höchstwert erreicht. Der Fachkräftemangel in der Gesundheitswirtschaft ist nach wie vor deutlich stärker ausgeprägt als in der Gesamtwirtschaft. Am stärksten sind die Unternehmen in den Gesundheits- und sozialen Diensten von dem Personalmangel betroffen. Hier hat der demografische Wandel gleich zweifach Einfluss – zum einen durch den ausbleibenden Nachwuchs und zum anderen durch höheren Pflegebedarf aufgrund einer zunehmenden Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen. Dagegen ist die Sorge um qualifiziertes Personal in den Unternehmen der pharmazeutischen Industrie nach wie vor deutlich weniger stark ausgeprägt als in der Gesundheitswirtschaft insgesamt.

Geschäftslage

Lage weiter schlechter als in der Gesamtwirtschaft

Die Geschäftslage in der Gesundheitswirtschaft ist wie bereits im Frühsommer geprägt von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen als Folge des Überfalls Russlands auf die Ukraine. Die Geschäftslage ist zum zweiten Mal in Folge schlechter als in der Gesamtwirtschaft.

So schätzt nur noch jedes vierte Unternehmen seine Geschäftslage als „gut“ ein. Im Frühsommer waren es noch 32 Prozent. Auch die Zahl der Unternehmen, welche ihre Lage als „schlecht“ einschätzen, ist von 17 auf 24 Prozent angewachsen. Damit ist der Saldo nur noch bei einem Punkt, ein Rückgang von 14 Punkten gegenüber der Vorumfrage. In der Gesamtwirtschaft liegt der Saldo mit 13 Punkten (nach zuvor 19) deutlich höher.

Die Gesundheits- und sozialen Dienste (Saldo minus elf nach zuletzt acht) sowie die Medizintechnik (Saldo minus sieben nach zuletzt 31) bewerten ihre aktuelle Lage deutlich schlechter als im Frühsommer. Seit der Finanzkrise 2008/09 war die Lage in der Medizintechnik nicht mehr so eingetrübt. Die Gesundheits- und sozialen Dienste sind wieder auf das sehr niedrige Niveau wie zu Beginn der Corona-Pandemie gefallen.

Im Handel mit Gesundheitsgütern hat sich die Stimmung gegenüber der Vorumfrage hingegen weniger stark eingetrübt (vier nach zuletzt elf Punkten). Zwar hat sich auch die Stimmung in der Pharmabranche verschlechtert, ist im Branchenvergleich jedoch mit großem Abstand am besten (21 nach zuletzt 26 Punkten). Die Geschäftslage ist sogar noch besser als in der Gesamtwirtschaft.

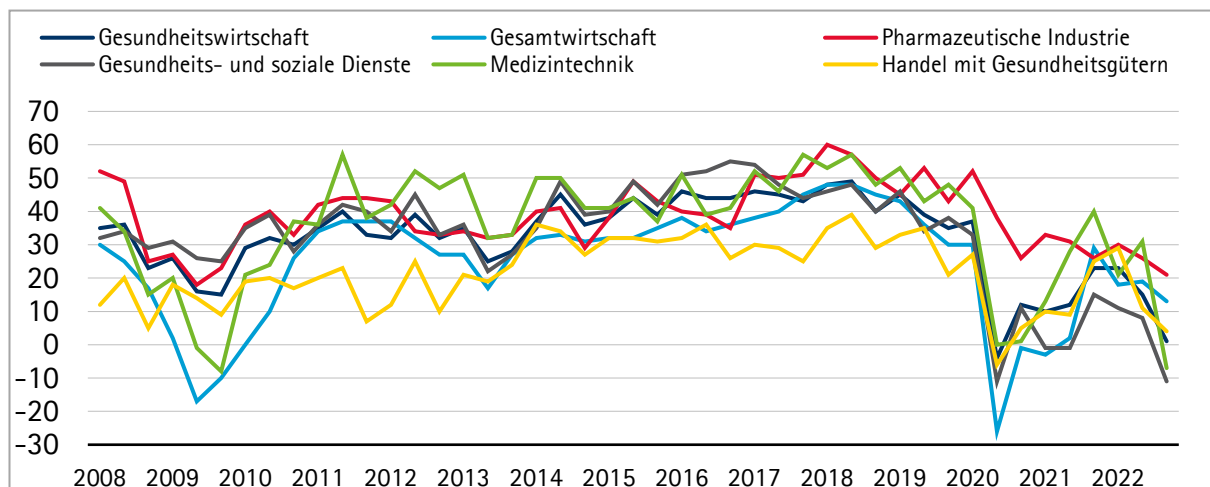


Abb. 1: Entwicklung der Geschäftslage in der Gesundheitswirtschaft (Saldo aus „gut“ und „schlecht“ Anteilen)

Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monate

Erwartungen brechen ein – neue Allzeittiefs in allen Branchen

Die Gesundheitswirtschaft blickt so pessimistisch wie noch nie in die kommenden zwölf Monate. Durch den anhaltenden Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die damit einhergehenden Preissteigerungen für Energie und Rohstoffe sowie den generell hohen Erzeugerpreisen fühlen sich die Unternehmen stark unter Druck gesetzt. So schätzen 43 Prozent der Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft die Geschäftslage für das kommende Jahr als „schlechter“ ein. Nur noch zehn Prozent als „besser“. Dadurch verschlechtert sich der Saldo von minus acht im Frühsommer auf nun minus 33.

Die Erwartungen in der Gesundheitswirtschaft sind jedoch etwas weniger düster als in der Gesamtwirtschaft (hier minus 44 nach zuletzt minus 14). Besonders in der pharmazeutischen Industrie sind die Erwartungen stark eingebrochen (von zuletzt drei auf minus 33) – ein neues Allzeittief für die Branche. Nur noch zwölf Prozent haben positive Aussichten, während 45 Prozent mit negativen Entwicklungen rechnen. Ähnlich trübe Aussichten erstrecken sich auf die anderen Branchen. So erreichen die Medizintechnik (minus 36 nach zuletzt minus zehn), die Gesundheits- und sozialen Dienste (minus 36 nach zuletzt minus vier) und der Handel mit Gesundheitsgütern (minus 40 nach zuletzt minus 32) ebenfalls ein neues Allzeittief. Damit sind die Erwartungen dieser Branchen für die kommenden zwölf Monate düsterer als zur Corona- und der Finanzkrise 2008/09.

Zudem setzen sich die negativen Trends in der Medizintechnik und im Handel mit Gesundheitsgütern fort: Im Handel ist der Saldo seit der Herbstumfrage 2019 fast immer negativ. Viele Unternehmen sind z. B. verunsichert, welche Auswirkungen die schleppende Einführung des E-Rezepts auf ihre Geschäftsentwicklung haben wird. In der Medizintechnik blicken die Unternehmen seit der Herbstumfrage 2020 (hier 34 Punkte) immer weniger optimistisch in die Zukunft. Neben steigenden Preisen für Energie- und Rohstoffe sowie Lieferproblemen wirkt sich auch die neue EU-Verordnung über Medizinprodukte (MDR) negativ aus, die eine zusätzliche Belastung für die Branche ist.

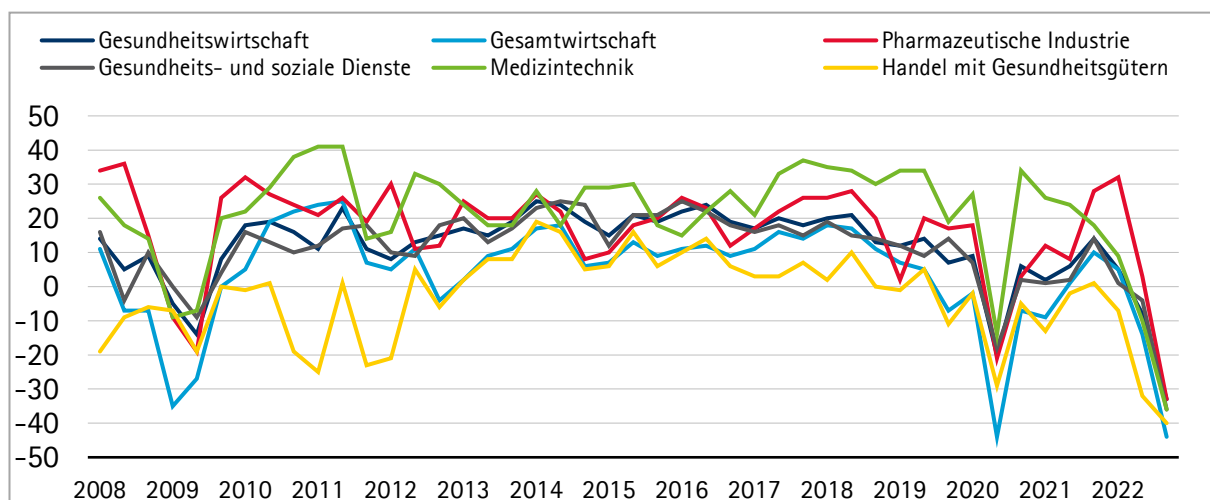


Abb. 2: Geschäftserwartungen in der Gesundheitswirtschaft (Saldo aus „besser“ und „schlechter“ Anteilen)

Geschäftsrisiken für die kommenden zwölf Monate

Neues Allzeithoch bei Energie- und Rohstoffpreisen – einige Betriebe drosseln Produktion

Die enorm angestiegenen Preise für Rohstoffe und Energie bleiben weiterhin das dominierende Risiko für die Unternehmen. Mit 79 Prozent der Unternehmen in der Gesundheitswirtschaft klettert das Risiko erneut auf einen Höchstwert (zuletzt 72 Prozent). Über die gesamte Gesundheitswirtschaft hinweg ist das Risiko weiterhin deutlich stärker ausgeprägt als der Fachkräftemangel.

In der Gesundheitswirtschaft sind besonders die energie- und rohstoffintensiven Unternehmen aus den Branchen der Medizintechnik (95 nach zuletzt 87 Prozent) und der pharmazeutischen Industrie (93 nach zuletzt 95 Prozent) von den Preisexplosionen betroffen. Zudem kämpfen die Unternehmen weiterhin mit unterbrochenen Lieferketten und Ressourcenknappheit, welche die Preise weiter in die Höhe treiben. 16 Prozent der Unternehmen in der Medizintechnik reagieren auf die Preisentwicklung mit der Reduzierung ihrer Produktion oder ihrer Angebote. In der pharmazeutischen Industrie sind es sogar 18 Prozent der Unternehmen.

Die Risikoschätzung bei den dienstleistungsorientierten Gesundheits- und sozialen Diensten ist deutlich stärker ausgeprägt als in der Vorumfrage (76 nach zuletzt 62 Prozent). Die Betriebe sind insbesondere von höheren Preisen für Strom – zum Beispiel für energieintensive Leistungen im Bereich der Radiologie –, Kraftstoff und Verbrauchsgüter betroffen. Auch im Handel mit Gesundheitsgütern machen die hohen Energie- und Rohstoffpreise mehr Betrieben zu schaffen als in der Vorumfrage (78 nach zuletzt 70 Prozent).

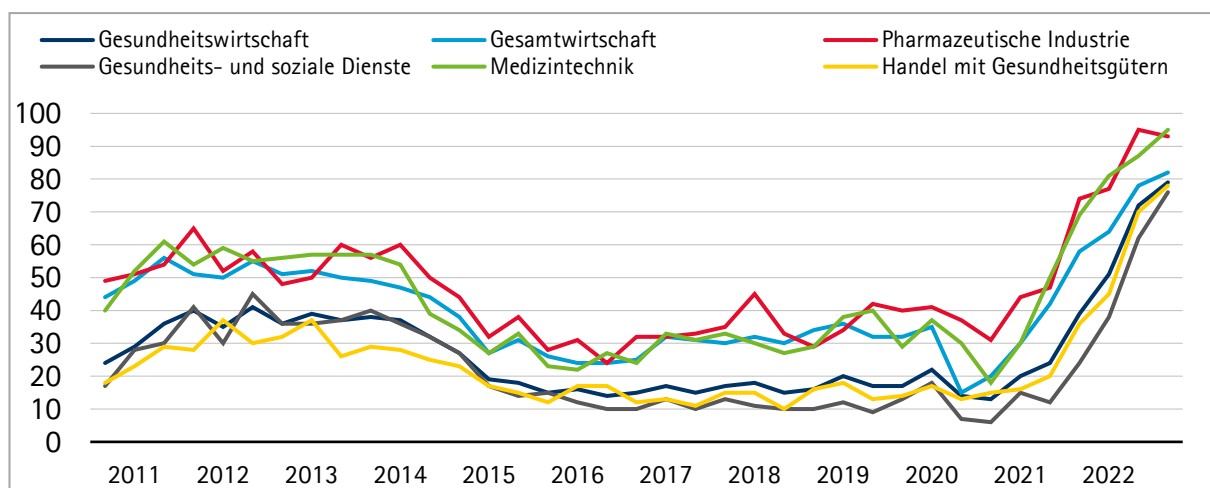


Abb. 3: Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Fachkräftemangel macht insbesondere Gesundheits- und sozialen Diensten zu schaffen

Die Risikoschätzung liegt zum vierten Mal in Folge bei 66 Prozent. Damit bleibt der Fachkräftemangel in der Gesundheitswirtschaft nach wie vor deutlich stärker ausgeprägt als in der Gesamtwirtschaft (hier konstant 56 Prozent). Am stärksten sind die Unternehmen in den Gesundheits- und sozialen Diensten von dem Personalmangel betroffen. 80 Prozent bewerten den Fachkräftemangel als das bestimmende Risiko für die kommenden zwölf Monate (nach zuletzt 85 Prozent). Hier hat der demografische Wandel gleich zweifach Einfluss – zum einen durch den ausbleibenden Nachwuchs und zum anderen durch höheren Pflegebedarf aufgrund einer zunehmenden Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen. Dagegen ist die Sorge um qualifiziertes Personal in den Unternehmen der pharmazeutischen Industrie (39 von zuletzt 55 Prozent) nach wie vor deutlich weniger stark ausgeprägt als in der Gesundheitswirtschaft insgesamt.

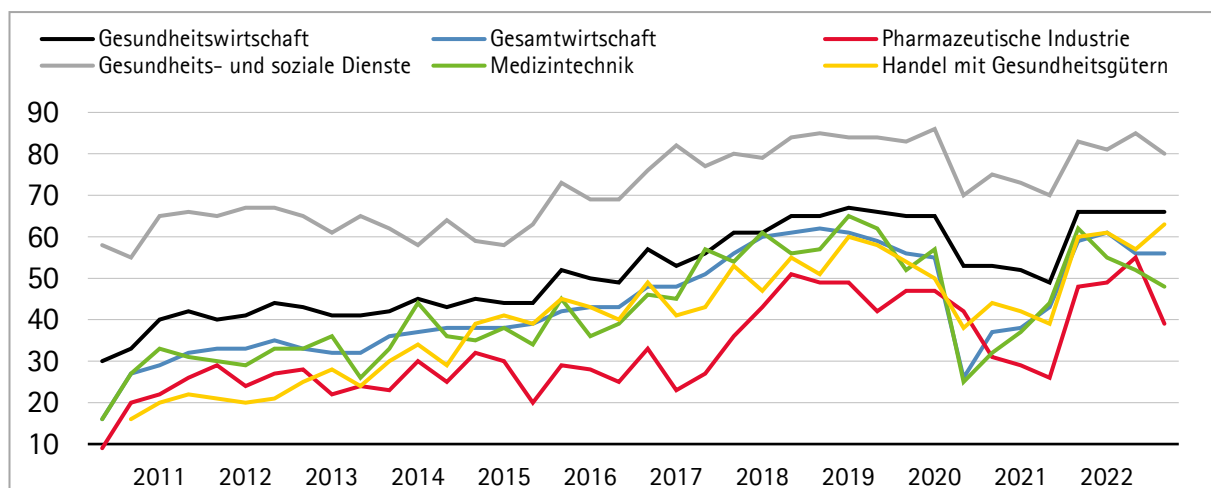


Abb. 4: Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Neuer Höchstwert bei den Arbeitskosten

Das Risiko hoher Arbeitskosten hat branchenübergreifend kräftig zugelegt (59 nach zuletzt 49 Prozent) – ein neuer Höchstwert. Damit ist das Risiko auch deutlich ausgeprägter als in der Gesamtwirtschaft (51 nach zuletzt 46 Prozent). Besonders gestiegen ist das Risiko im Handel (63 nach 51 Prozent), unter den Gesundheits- und sozialen Diensten (62 nach 55 Prozent) und in den Betrieben der Medizintechnik (61 von zuletzt 47 Prozent). Bei den Dienstleistern ist der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt, der auch zu steigenden Arbeitskosten führt. Fachkräftemangel und steigende Entgelte durch Inflationsausgleich lassen das Risiko der Arbeitskosten aber auch in den anderen Wirtschaftszweigen virulenter werden.

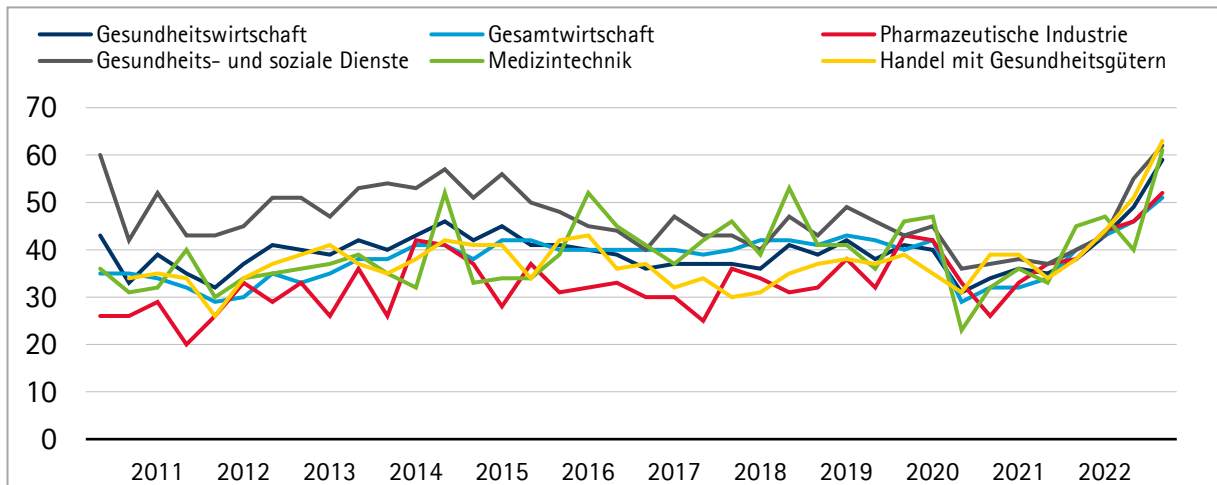


Abb. 5: Arbeitskosten als Geschäftsrisiko in den nächsten 12 Monaten (Anteil der Unternehmen in Prozent)

Exportserwartungen

Aussichten trüben sich weiter ein – Nachfrage jedoch weiterhin stabil

Noch nicht überwundene Störungen in globalen Lieferketten sowie hohe Energiepreise, die Unternehmen teilweise zur Drosselung ihrer Produktion zwingen, sorgen für einen weiteren Rückgang der ohnehin schon sehr verhaltenen Exportserwartungen der industriellen Gesundheitswirtschaft. In der Pharmabranche rechnen nur noch 23 Prozent mit steigenden Ausfuhren in den kommenden Monaten (zuletzt 29 Prozent). Gingen im Frühsommer nur 25 Prozent von einem Rückgang der Ausfuhren im Laufe des Jahres aus, sind es nun 28 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Exportserwartungen verschlechtert sich im Vergleich zur Vorumfrage auf minus fünf Punkte (nach zuvor vier Punkten). In der Medizintechnik ist der Saldo sogar noch niedriger (minus sieben nach zuletzt zwei Punkten).

Insgesamt sind die Erwartungen in der industriellen Gesundheitswirtschaft jedoch noch deutlich besser als in der Industrie insgesamt (minus 24 nach zuletzt minus neun Punkten). Ein wesentlicher Grund ist, dass die Gesundheitswirtschaft weniger konjunkturellen Einflussfaktoren als beispielsweise die Automobilindustrie unterliegt. Durch das Wachstum der Bevölkerung und den steigenden Wohlstand insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird sich der Bedarf an Gesundheitsleistungen weiter erhöhen. Produkte „Made in Germany“ werden deshalb auch in Zukunft gefragt sein.

So ist die Medizintechnik weniger mit einer nachlassenden Auslandsnachfrage konfrontiert. Die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Nur 23 Prozent der Unternehmen sehen eine nachlassende Auslandsnachfrage als Geschäftsrisiko (zuletzt waren es 24 Prozent). Gleiches gilt für die pharmazeutische Industrie. Die Auslandsnachfrage ist für 32 Prozent ein Risiko und trotz leichten Anstiegs immer noch unter dem langjährigen Durchschnitt (34 Prozent) und niedriger als in der Industrie insgesamt (37 Prozent).

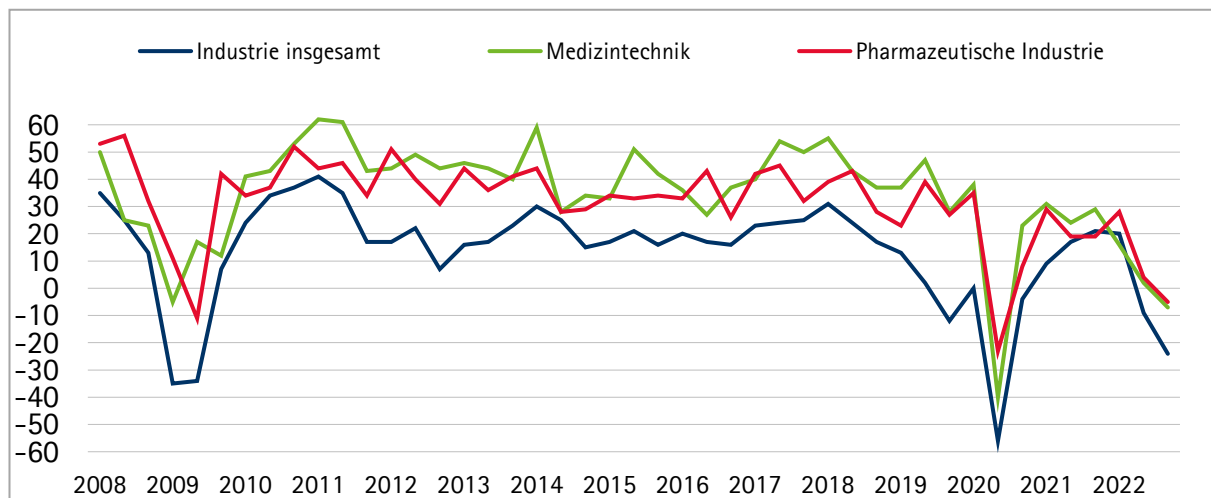


Abb. 6: Exportserwartungen der Unternehmen für die kommenden 12 Monate (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Investitionen

Starker Rückgang der Investitionsabsichten

Die düsteren Geschäftserwartungen verbunden mit den steigenden Risiken lasten auf den Investitionsplänen der Gesundheitswirtschaft. So wollen im Vergleich zum Frühsommer nur noch 30 Prozent (davor 37 Prozent) mehr investieren. Hingegen planen 32 Prozent der Unternehmen mit weniger Investitionen. Mit einem Investitionssaldo von minus zwei Punkten ist die Gesundheitswirtschaft allerdings immer noch positiver gestimmt als die Gesamtwirtschaft (minus zehn Punkte).

Im Vergleich zur Vorumfrage ist der Saldo in allen Branchen der Gesundheitswirtschaft gesunken. Besonders stark eingebrochen sind die Investitionsabsichten in der Medizintechnik und der pharmazeutischen Industrie. In der Pharmabranche fällt der Saldo gegenüber der Vorumfrage um 31 Punkte (minus sieben nach zuletzt 24 Punkten). Hier gehen Investitionen in Produktinnovationen (35 nach 41 Prozent) und den Ausbau der Kapazitäten (47 nach 53 Prozent) zurück. Ersatzbedarf ist das weiterhin am häufigsten genannte Investitionsmotiv (58 nach zuvor 68 Prozent). Darunter fallen auch Maßnahmen im Rahmen des „Fuel Switches“, welche viele Betriebe im Zuge der Energiekrise eingeleitet haben – zum Beispiel ein Wechsel von gasbefeuerten Anlagen auf alternative Energieträger wie Öl und Kohle oder der Ersatz von energieverbrauchenden Geräten durch effizientere Anlagen. In der Medizintechnik liegt der Saldo bei minus 18 Punkte (zuletzt waren es noch neun). Damit ist der Saldo zum ersten Mal seit 2016 wieder niedriger als in der Gesamtwirtschaft. Auch der Handel reduziert sein Investitionsbudget für die kommenden zwölf Monate. Einzig die Gesundheits- und sozialen Dienste haben noch einen positiven Saldo, wobei die Absichten ebenfalls stark zurückgehen (sechs nach zuletzt 25 Punkten).

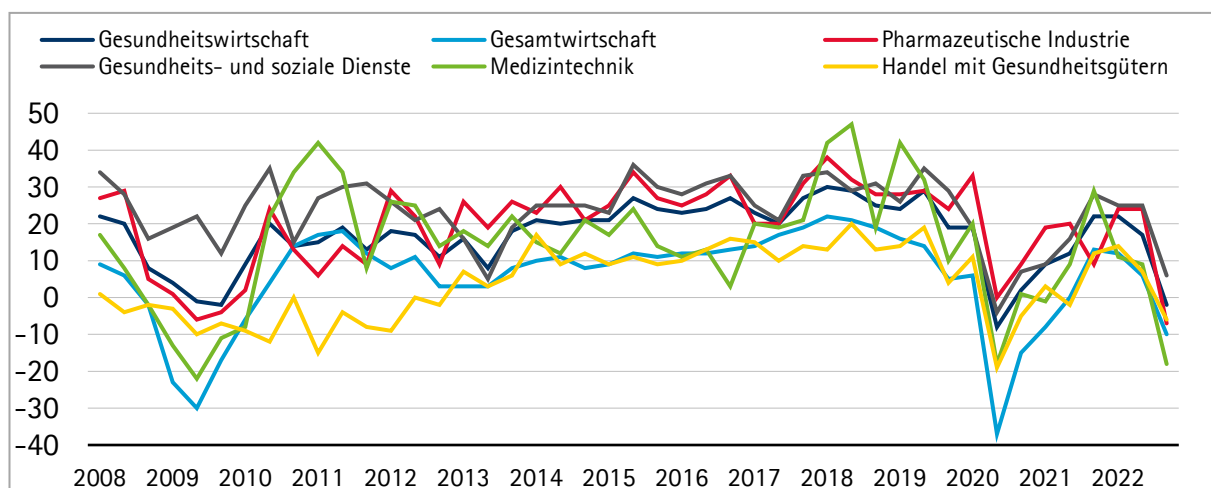


Abb. 7: Investitionsabsichten im Inland für die nächsten 12 Monaten (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Beschäftigung

Beschäftigungsabsichten werden deutlich reduziert

Die pessimistischen Geschäftserwartungen schlagen sich auch in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen nieder. Immer weniger Unternehmen gehen von einem Personalaufbau in den nächsten zwölf Monaten aus (19 nachzuvor 24 Prozent). Hingegen muss jedes fünfte Unternehmen (20 Prozent) mit einer geringeren Mitarbeiterzahl in der Zukunft planen – im Frühsommer waren es lediglich zehn Prozent der Unternehmen. Im Ergebnis reduziert sich der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungsabsichten deutlich um 15 Punkte auf jetzt minus einen Punkt.

Die Medizintechnik hat zum dritten Mal in Folge ihre Beschäftigungsabsichten gesenkt und ist auf minus 14 Punkte gefallen (zuletzt sieben Punkte) – der niedrigste Wert seit der Finanzkrise 2008/09 (minus 28 Punkte). Die Pläne in der pharmazeutischen Industrie werden ebenfalls deutlich reduziert. Mit einem Saldo von zwei Punkten (nach 26 Punkten) sind die Beschäftigungsabsichten nur geringfügig besser als zu Beginn der Corona-Krise (minus fünf Punkte). Auch der Handel mit Gesundheitsgütern senkt seine Beschäftigungsabsichten gegenüber dem Frühsommer (minus neun nach zuletzt minus sechs Punkten). Die Pläne der Gesundheits- und sozialen Dienste sind hingegen weiterhin expansiv – allerdings auf niedrigerem Niveau (zwei nach zuletzt 19 Punkten).

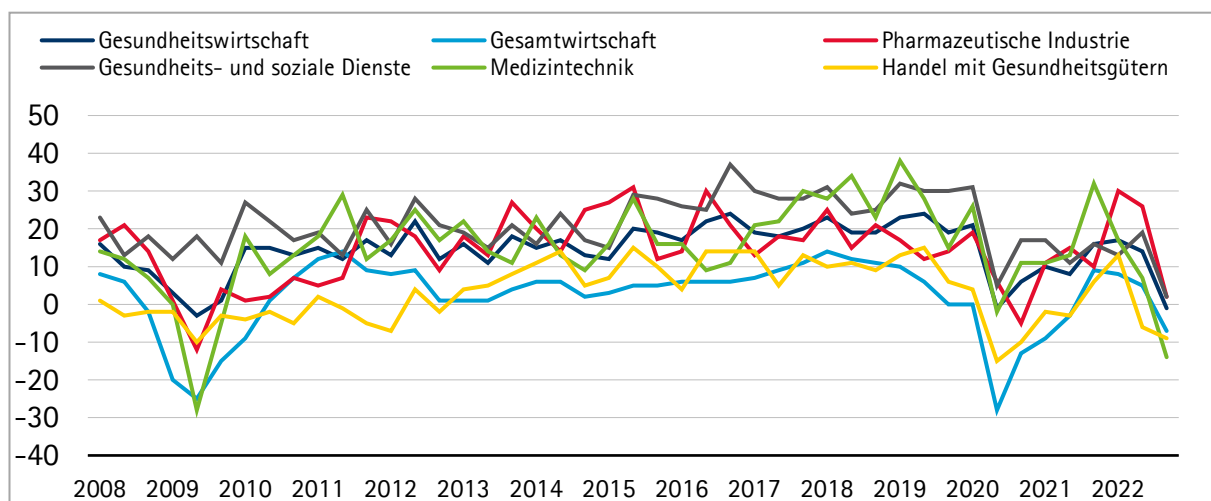


Abb. 8: Beschäftigungsplanungen der Unternehmen für die nächsten 12 Monate (Saldo aus „höher“ und „geringer“ Anteilen)

Methodik

Der Gesundheitsreport basiert auf den Ergebnissen der DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2022. An der Umfrage haben sich mehr als 700 Unternehmen der Gesundheitswirtschaft beteiligt. Zu der Gesundheitswirtschaft zählen in dieser Analyse:

- Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
- Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
- Reparatur und Wartung von Medizintechnik
- Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien
- Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
- Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen
- Apotheken
- Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
- Versandhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
- Krankenversicherungen
- Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie
- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Medizin und Pharmazie
- Beratung im Gesundheitswesen
- Vermietung von medizinischen Geräten
- Desinfektion u. Reinigung v. Praxen u. Krankenhäusern
- Gesundheitswesen (Krankenhäuser (darunter auch Vorsorge- und Rehabilitationskliniken), Medizinische Versorgungszentren etc.)
- Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime) (Pflegeheime, Altenheime)
- Sozialwesen (ohne Heime) (u. a. Soziale Betreuung älterer Menschen, aber auch Tagesbetreuung von Kindern)

Die Angaben zu der hier ausgewerteten Umfrage werden von IHK-Mitgliedern gemacht, beispielsweise nicht von öffentlichen Einrichtungen oder ausschließlich freiberuflich Tätigen. Diese zählen zu einer umfassenden Definition der Gesundheitswirtschaft.

Impressum

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Redaktion: Dr. Philipp Wien, Leiter des Referats Gesundheitswirtschaft, Phillip Flore

Grafik: Friedemann Encke, Katrin Jacobs, DIHK

Bildnachweise: www.thinkstock.de | www.gettyimages.com

Stand: November 2022